

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890**

16.3.1890 (No. 74)



# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 16. März.

№ 74.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.  
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 9. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Preussischen General der Infanterie von Oypeln-Bronikowski, Gouverneur von Mek, das Großkreuz Höchstes Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. März.

Heute Nachmittag ist in Berlin die Internationale Arbeiterschulungskonferenz zusammengetreten. Der Eröffnungsakt vollzog sich um 2 Uhr im Kongresssaal des Reichstanzlerpalais, wo der Handelsminister Freiherr v. Berlepsch die Delegirten im Namen Seiner Majestät des Kaisers begrüßte und den Zweck der Konferenz darlegte. Die Presse begrüßt den Zusammenritt der Konferenz mit warmen Worten. Ein Telegramm aus Berlin meldet uns über Äußerungen dortiger Blätter: Die „Nationalzeitung“ schreibt, es sei ein erfreuliches Schauspiel, die Staaten eines in Waffen starrenden Welttheils zusammenzutreten zu sehen, nicht um über Machtfragen, welche die Völker von einander trennen, sondern um eine Kulturfrage zu beraten, welche sie an die Nothwendigkeit des Friedens und des Zusammenwirkens gemahnen muß. Das „Berliner Tageblatt“ hebt die weise Beschränkung bei der Aufstellung des Programms hervor; die Konferenz sei der erste Schritt zur Verständigung der Kulturvölker auf einem der schwierigsten Gebiete des sozialen Lebens. Dieser ersten Konferenz würden, wenn sie nicht ganz resultatlos verlaufe, andere folgen. Auch die „Staatsbürgerzeitung“ begrüßt die Konferenz, die, wenn sie erfolgreich sei, den Beginn einer neuen unblutigen sozialen Reform bilden werde. Die „Postische Zeitung“ sagt, worin immer die Ergebnisse der Konferenz bestehen mögen, von einem Scheitern des Versuches werde unter keinen Umständen gesprochen werden können. Auch im ungünstigsten Falle müsse das Unternehmen ein Lichtpunkt in der Geschichte der modernen Sozialpolitik bleiben und Reime legen, die früher oder später zum Besten des sozialen Friedens aufgehen müssen. Die „Börsezeitung“ führt aus, wenn der großartige Plan des Kaisers mit demselben Eifer von den beteiligten Kabinetten fortgeführt wird, wie er aufgegriffen wurde, so werde den Erdball ein Band des Friedens umschlingen, haltbarer als das stärkste, welches jemals die Diplomatie der alten Schule geknüpft hat.

Man nahm an, daß die heutige erste Sitzung durch die an die Eröffnungsrede des Staatsministers v. Berlepsch sich anschließenden Formalitäten, die Bestätigung der Delegirtenmandate, die Ernennung des Sekretärs und Feststellung der Geschäftsordnung ausgefüllt werden würde. Die Sitzungen der Konferenz dürften im Allgemeinen Vormittags um 10 oder 11 Uhr beginnen. Ueber ihren Verlauf werden ausführlichere Meldungen aber während der Konferenzdauer scheinlich in die Oeffentlichkeit dringen; wahrscheinlich nimmt die Konferenz das bei vielen Konferenzen angewandte Reglement an, welches u. A. auch vorschreibt, daß während der Dauer der Konferenz über die Verhandlungen nichts veröffentlicht wird.

Der Präsident der französischen Republik hat gestern Abend den Ministern für die während der Ausstellung und der Wahlen dem Lande geleisteten Dienste gedankt und sie gebeten, die Geschäfte so lange weiter zu führen, bis ihre Nachfolger ernannt sein würden. Gelingt Herrn v. Freycinet die Neubildung des Kabinetts, so würde diese Uebergangszeit nur von kurzer Dauer sein. Herr v. Freycinet ist dem Präsidenten der Republik als Ministerpräsident namentlich von Floquet empfohlen worden, der in seiner Unterredung mit Herrn Carnot darauf hinwies, daß ein Ministerium Freycinet-Constans-Bourgeois von der Kammer am günstigsten aufgenommen werden würde. Es wäre dies ein Veröhnungsministerium, ein Ministerium der „concentration républicaine“, und in dieser Richtung bewegen sich auch Freycinet's eigene Absichten. Herr v. Freycinet beabsichtigt, nach den heute vorliegenden Depeschen, Bourgeois, Rouvier und Yves Guyot zu behalten, und durch Constans, Jules Roche, Develle und Etienne das neue Kabinet zu vervollständigen. Die „Republique française“ schreibt heute: Das Ministerium Tirard habe es nicht verstanden, die Leitung der republikanischen Mehrheit in die Hand zu nehmen. Nachdem durch die Rede Spullers über die Berliner Konferenz die Ehre gerettet worden war, habe Tirard die erste Gelegenheit ergriffen, abzutreten. Das „Journal des Débats“ nennt die vorgestrichene Abstimmung

des Senats einen schweren Fehler und stimmt in dieser Ansicht mit dem „Temp“ überein, welcher den Senat beschuldigt, er habe aus blindem protektionistischen Interesse den Handel und die Stellung Frankreichs in der Levante geschädigt und eine Ministerkrise angeflacht der bevorstehenden Anleihe heraufbeschworen. Das „Journal des Débats“ spricht die Hoffnung aus, Präsident Carnot werde der Kammer ein Kabinet geben, welches fähig ist, diese zu leiten, und welches wisse, wohin es das Land führe.

Auf der heute in Berlin eröffneten Internationalen Arbeiterschulungskonferenz sind außer Deutschland folgende Staaten vertreten:

Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Norwegen, die Schweiz und Spanien. Die Namen der Delegirten Deutschlands haben wir gestern aufgeführt. Als Delegirte der übrigen Staaten werden der Konferenz beiwohnen: seitens Belgiens Baron Greindl, Staatsminister Jacobs, Direktor im Ministerium für Landwirtschaft Harzé und als Beirath Baron Arnoldt; seitens Frankreichs: Jules Simon, Senator und Mitglied der französischen Akademie, der Senator Tolain, das Mitglied der Deputirtenkammer Burdeau, der Generalinspektor und Präsident des Oberminerals Rinder, der Mechaniker Delahaye und als Beirath der erste Botschaftssekretär bei der Berliner Botschaft Dumaine; als technische Beiräthe sind diesen Delegirten beigegeben: der Gewerbeinspektor Lavoitte, der Generalinspektor Jaquet, der Kabinetschef des Senatspräsidenten, Lebon, und der Ingenieur Belle; seitens Italiens der Senator Gerolamo Boccardo, der Deputirte Vittorio Elena und der Generaldirektor der Statistik, Luigi Bobio, als Beiräthe der Abtheilung des Finanzministeriums, Stringher, und der Professor Maiorano Calatiano; seitens Luxemburgs: Dr. J. A. Bassereur; seitens der Niederlande: der Berliner Gesandte Jonker van der Hoeven, der Ministerialrath im Justizministerium Snijders von Bissenkerke sowie der Arbeitsinspektor Strube; seitens Oesterreich-Ungarns, und zwar österreichischerseits: für das Handelsministerium Ministerialrath Bela Frh. v. Weigelsperg und der Centralgewerbeinspektor Ministerialrath Dr. Franz Nigler, für das Ackerbauministerium Ministerialsekretär Dr. Ludwig Haberer, für das Ministerium des Innern August Frh. v. Bappart-Leenheer; ungarischerseits Ministerialrath Dr. Julius Schnierer, Ministerialrath Bela Grängenstein als Bergbauinspektor, sowie der Industrieminister Josef Szterényi; seitens Portugals: wahrscheinlich der Berliner Gesandte Marquis de Penafiel; seitens Schwedens-Norwegens: das Mitglied der Ersten Kammer v. Tham und der Generalsekretär im Ministerium des Innern zu Christiania, Eduard Christie, zur Disposition dieser beiden Bevollmächtigten Ministerialsekretär Graf Wrangel; seitens der Schweiz: der Landammann Blumer und der erste Sekretär des eidgenössischen Departements für Industrie, Dr. Kaufmann. Die Namen der Vertreter Spaniens sind bis jetzt noch nicht bekannt gegeben, da, wie schon gestern erwähnt, der Minister des Auswärtigen durch Krankheit verhindert war, die Delegirten zu bestimmen. Der Herzog von Almodovar del Rio, dem die Ernennung zum spanischen Delegirten angeboten worden war, hat dankend abgelehnt.

## Wochen-Rundschau.

Der erste Tag in dieser Woche war der Erinnerung an den Begründer des Deutschen Reiches gewidmet; es war der Todestag Kaiser Wilhelms I. und die Kaiserlichen Majestäten vereinigten sich mit den Großherzoglich Badischen Herrschaften und den anderen zu der Feier nach Berlin gekommenen fürstlichen Gästen sowie den Mitgliedern des königlichen Hauses am Sonntag Mittag zur Weihe des erweiterten Mausoleums in Charlottenburg. Bei der ersten Feier hielt der Oberhofprediger Kögel die Weiserebe, indem er der beiden im Mausoleum ruhenden Herrscherpaare und ihrer Zeit gedachte. Am Abend desselben Tages fand in der Singakademie zum Andenken an die Kaiserin Augusta eine feierliche Versammlung aller Vorstände der Vereine und Stiftungen statt, die unter dem besonderen Schutze der Kaiserin Augusta gestanden hatten. Auch dieser Erinnerungsfest, bei welcher der Kabinettsrath der Kaiserin, Freiherr von dem Knebeck, in einem Lebensbilde der heimgegangenen Kaiserin deren hervorragende Eigenschaften und besonders ihren unerhöplichen Wohlthätigkeitssinn feierte, wohnten die Kaiserlichen Majestäten und der Großherzog und die Großherzogin bei. Am Montag wurde der Geburtstag des Czaren, am Mittwoch der Geburtstag des Prinz-Regenten von Bayern durch eine größere Galafest bei den Kaiserlichen Majestäten gefeiert. Als das wichtigste Ereigniß in der heute ablaufenden Woche darf wohl der Zusammenritt der Internationalen

Arbeiterschulungskonferenz in Berlin bezeichnet werden. Die Konferenz wurde heute Nachmittag um 2 Uhr im Reichstanzlerpalais eröffnet. Am Montag dürften sodann die eigentlichen Verhandlungen beginnen, für welche man eine Dauer von vierzehn Tagen in Aussicht nimmt. Außer Deutschland sind an der Konferenz vierzehn europäische Staaten betheiligt.

Der Bundesrath hielt am Donnerstag eine Plenarsitzung ab, auf deren Tagesordnung eine Vorlage über den zollfreien Einlaß rohgeschchnittener Hölzer und Fourniere zur Verwendung beim Bau von Seeschiffen, ferner ein Antrag auf Abänderung des Eisenbahn-Betriebsreglements sowie der Entwurf eines Gesetzes für Elaf-Lothringen über die Einrichtung von Grundbüchern stand. Außerdem faßte der Bundesrath über Anträge der Ausschüsse für Bölle und Steuern und für Handel und Verkehr Beschluß.

Die badischen Landstände verwendeten die letzte Woche vorzugsweise zur Förderung ihrer Arbeiten in den Kommissionen, um Verhandlungsstoff für die Plenarberatungen zu schaffen. Die letzteren hatten sich meist mit Erledigung von Petitionen zu befassen. Gesehentwürfe hatte nur die Erste Kammer auf der Tagesordnung. Zwei derselben, derjenige betreffend das Recht der Ausübung der Fischerei, und jener betreffend die Vorzugs- und Unterpfandsrechte, beschäftigten das Haus zum zweiten Male, da von der Zweiten Kammer einige Aenderungen beschloffen worden waren, und fanden ihre Erledigung, indem das Haus diesen Aenderungen beirat. Der Gesehentwurf wegen Erbauung einer Nebenbahn von Gernsbach nach Weisenbach fand unveränderte Annahme.

Der ungarische Ministerpräsident Tisza hat am Mittwoch in formeller Weise seine Entlassung gegeben, die vom Kaiser angenommen ward. Am nächsten Montag wird das von dem bisherigen Ackerbauminister Grafen Szapary gebildete neue Kabinet sich dem Reichstage vorstellen. Alle Minister mit Ausnahme des Grafen Teleki, des bisherigen Ministers des Innern, der aus persönlichen Gründen aus dem Amte zu scheiden wünschte, treten in das neue Kabinet über; unter diesen Umständen beschränkt das neue Element in dem Kabinet Szapary sich auf einen einzigen Mann, den Grafen Bethlen, welcher an Stelle Szapary's das Ackerbauministerium übernimmt, während die Führung des Ministeriums des Innern von Teleki auf den nunmehrigen Kabinettschef Szapary übergeht. Dem Kabinet Szapary ist die volle und kräftige Unterstützung der liberalen Partei gesichert, insbesondere auch die persönliche Unterstützung Tisza's, dessen Stellung zu seinem Amtsnachfolger durch bestimmte und aus Tisza's eigener Initiative hervorgegangene Erklärung völlig geklärt worden ist.

Ein am vorigen Samstag in der italienischen Deputirtenkammer entstandener Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten Crispi und dem Kammerpräsidenten Biancheri ist durch die Vermittlung des Königs beigelegt worden. Herr Crispi hatte sich in heftigem Tone über den Kammerpräsidenten beschwert, der ihn gegenüber den persönlichen Angriffen des irredentistischen Abgeordneten Imbriani nicht hinreichend geschützt habe, und erklärt, daß er nicht mehr in der Kammer erscheinen werde, so lange Biancheri das Präsidium führe. Die fortbauenden persönlichen Gehässigkeiten der Irredentisten konnten wohl auch einen an parlamentarische Kämpfe so gewöhnten Mann wie Crispi schließlich zu einer Zornesauswahlung reizen; wenn Crispi indessen Grund gehabt hätte, sich über ein zu wenig energisches Vorgehen des Kammerpräsidenten zu beklagen, so wollte er diesen doch nicht von seinem seit zehn Jahren mit Ehren behaupteten Sitze verdrängen; in der Montagsitzung ersuchte er die Kammer, als deren Vizepräsident di Rudini mittheilte, daß Biancheri seine Entlassung eingereicht habe, die Demission nicht anzunehmen, was dann auch einstimmig beschloffen wurde. Der Kammerpräsident erklärte sich hierauf bereit, von seiner Demission abzustehen, und führt wieder den Vorsitz. Wenn der somit glücklich gelöste Zwischenfall überhaupt eine Folge hat, so wird dieselbe in einer Aenderung der Geschäftsordnung bestehen, da sich zeigt, daß die bisherige dem Vorsitzenden nicht die nöthigen Mittel an die Hand gibt, um bedenklichen Ausschreitungen der Redefreiheit vorzubeugen.

In Paris ist in den letzten Tagen infolge einer dem Ministerpräsidenten ungünstigen Senatsabstimmung in Bezug auf die französisch-türkischen Handelsbeziehungen eine Kabinettskrise ausgebrochen; Herr Tirard überbrachte gestern dem Präsidenten der Republik das Entlassungsgesuch der Minister. Der Präsident nahm die Entlassung unter Worten der Anerkennung für die von den Ministern dem Lande geleisteten Dienste entgegen und beauftragte das Kabinet, die Geschäfte fortzuführen,



bis das neue Kabinett ernannt sein werde. Unter den als Chef des neuen Kabinetts in Aussicht genommenen Persönlichkeiten scheint einstweilen der Kriegsminister Freycinet im Vordergrund zu stehen. Bei den am vorigen Sonntag stattgehabten Nachwahlen zur Deputiertenkammer haben die Republikaner sich nur in einem Wahlkreis, in Fontenay-le-Comte, vom Glück begünstigt; in Orléans und Chinon wurden die von der Kammer wegen angeblicher Wahlbeeinflussung invalider Mitglieder der konservativen Partei wiedergewählt und in den beiden Toulouser Wahlkreisen muß ein zweiter Wahlgang stattfinden, bei denen es sich um die Entscheidung zwischen einem Konservativen und einem sozialistischen Radikalen resp. zwischen einem Boulangisten und einem sozialistischen Kandidaten handelt.

Im englischen Unterhause ist die Erörterung über den Bericht des Parnell-Ausschusses in dieser Woche zu Ende gebracht worden. Das Endergebnis der langen Debatten besteht darin, daß dem Regierungsantrage gemäß mit einem Dank für das gerechte und unparteiische Verhalten der drei Ausschußmitglieder der Bericht der Parnellkommission in das Journal des Hauses eingetragen wird und damit in den Archiven verschwindet. Alle Gegenanträge wurden abgelehnt. Wenn die Parteigänger Gladstone's die Hoffnung gehegt haben, bei Gelegenheit des achtstägigen Redetampfes eine Gelegenheit zu finden, um gegen die Regierung einen empfindlichen Streich zu führen, so wurden sie in dieser Hinsicht enttäuscht. Im Uebrigen trat mit unverkennbarer Deutlichkeit die Thatsache zu Tage, daß selbst im oppositionellen Lager ein Widerwillen gegen die immer erneute Erörterung des irischen Problems, die das Haus an der Erledigung der vorliegenden Geschäfte verhindert, vorhanden ist und daß man auf die irische Frage nur deshalb stets von neuem zurückkommt, weil auf den anderen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung die Regierungspolitik zu keinem ernstlichen Angriffe Veranlassung bietet.

### Deutschland.

\* Berlin, 14. März. Am heutigen Vormittage wohnte Seine Majestät der Kaiser einer Truppenübung hiesiger Garderegimenter im Westen von Berlin bei, wohin Allerhöchstberieselbe sich zu Pferde begeben hatte.

Für den kommenden Sonntag, an welchem in Gegenwart des Kaiserpaars, der Kaiserin Friedrich und der Prinzessinnen-Töchter, sowie zahlreicher anderer Fürstlichkeiten die Einweihung der Garnisonkirche in Spandau stattfindet, werden zur Ausschmückung der Stadt große Vorbereitungen getroffen. Das Militär, das Personal der technischen Institute mit den Fahnen und Emblemen sowie Kriegervereine werden in den Straßen vom Bahnhof bis zur Kirche Spalier bilden. Von der Gewerfabrik ist ein Festzug geplant, welcher durch Mitführung der alterthümlichen Gewerbszeichen, durch sinnreiche Anordnung alter Waffen u. s. w. besonders wirksam zu werden verspricht. Es wird auch ein Besuch der fürstlichen Gäste in der alterthümlichen Nikolaikirche erwartet, in welcher Kurfürst Joachim II., dessen Denkmal vor dem Eingang des Gotteshauses steht, das Abendmahl in beiderlei Gestalt zum erstenmal nahm.

Der Sultan von Lahore wird, wie man der „Kreuzzeitung“ meldet, Mitte April in Berlin zum Besuch des kaiserlichen Hofes eintreffen. Der Sultan, der durch eine mehrmonatliche Kur in Karlsbad seine Gesundheit wieder hergestellt hat und gegenwärtig in Frankfurt a. M. verweilt, wird in den nächsten Tagen von dort nach London reisen, um der Königin von Großbritannien einen Besuch abzustatten, und darauf Berlin und Wien besuchen, um sodann über Italien nach seinem Sultanat in Indien zurückzukehren. (Wie man sich erinnern wird, war Prinz Heinrich von Preußen auf seiner Reise um die Erde mehrere Tage Gast am Hofe des Sultans von Lahore, wohin er von Singapur aus einen Ausflug gemacht hatte.)

Der Major v. Villaume, vom Militärkabinett, ist gestern aus Petersburg, wohin er sich zu seinem schwer erkrankten Bruder begeben hatte, hier wieder eingetroffen. Sein Bruder, Oberst v. Villaume, ist nun außer Lebensgefahr; eine Operation ist nicht notwendig gewesen.

Die „Köln. Zeitung“ meldet, daß der Abgeordnete Dr. Windthorst vorgestern dem Reichskanzler einen längeren Besuch abgestattet habe. Von anderen Zeitungen wird diese Thatsache bestätigt; was aber in einigen Blättern über den Inhalt des Gespräches zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Windthorst gesagt ist, beruht offenbar auf purer Vermuthung.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. März. Am nächsten Sonntag sollen die Mitglieder des neuen ungarischen Kabinetts dem Kaiser den Eid leisten; der Kaiser hat mit Rücksicht auf die Eidesleistung der neuen Minister seine Rückkehr nach Wien bis Sonntag aufgeschoben. Der Monarch wird nun am Montag früh aus Pest hier eintreffen. Mit Rücksicht darauf, daß die Ankunft des Kaisers in Wien in wenigen Tagen bevorsteht, hat der Kardinal-Fürstbischof Graf Schönborn seine ursprünglich beabsichtigte Reise an das kaiserliche Hoflager in Pest aufgegeben. Der vom Grafen Schönborn in der Schulkommission des Herrenhauses verlesene Erklärung der österreichischen Bischöfe (die wir in voriger Nummer dieses Blattes mittheilten) widmet das Wiener „Fremdenblatt“ heute eine längere Betrachtung. Das „Fremdenblatt“ sagt dabei: „Der Episkopat kann sich schwerlich auf einen anderen Standpunkt stellen, als den der Rückforderung all dessen, was er als die Rechte der Kirche ansieht. Die Kirche behauptet, den Anspruch auf die gesammte Erziehung des Volkes zu haben, und der Episkopat wollte

ihren Rechten nicht vorgehen, noch auf eines derselben verzichten. Daraus allein würde sich jene Kundgebung erklären, welche wohl mit den steten Ansprüchen der Kirche im Einklange, aber im Mißverhältnisse zur herrschenden politischen Situation steht. Verlangen doch die Bischöfe nichts anderes, als die Demolirung der ganzen geltenden Schulordnung, um auf den Trümmern derselben ein kirchliches Schulregime aufzurichten. Die Volksschule soll streng konfessionell werden, der Lehrer in Abhängigkeit von den kirchlichen Organen gebracht, die staatliche Aufsicht über die Volksschule in Wirklichkeit gänzlich eliminiert werden. Wir stehen nicht an, in der offenen, ungeschminkten Darlegung ihres Standpunktes seitens der Bischöfe einen Akt der Ehrlichkeit und der politischen Loyalität anzuerkennen. Dieses Auftreten scheint uns hoch über all jene kirchlichen Anträge zu stehen, welche dasselbe Ziel unter allerlei Verkleidungen und auf Umwegen zu erschleichen suchen. Aber bei aller Billigung des loyalen Vorgehens darf doch kein Augenblick lang an die Möglichkeit gedacht werden, die Volksschule könnte in Oesterreich je nach dem Wunsche des Episkopats dem Staate wieder entzogen werden, als könnte je auf jene Erziehungseigenschaften, das Ziel unserer Gesetzgebung, verzichtet werden. Nein, man braucht eine ähnliche Eventualität ernsthaft gar nicht in Betracht zu ziehen und wir können in der Erklärung des Episkopats nichts als eine prinzipielle Festhaltung an den kirchlichen Ansprüchen erblicken, denen der Staat wohl mit gleicher Zähigkeit seine Rechte stets entgegenstellen wird.“

### Italien.

Rom, 14. März. König Humbert feiert heute sein Geburtsfest und alle Kreise der Bevölkerung weihen sich in dem Bestreben, ihre Verehrung und treue Anhänglichkeit an den Monarchen kund zu geben. Namentlich auf der Fahrt zum Paradeplatz, wo der König heute eine Truppenparade über die hiesige Garnison abhielt, wurden die Majestäten von den auf dem Wege dichtgedrängt stehenden Volksmengen mit begeisterten Zurufen begrüßt. Nach der Rückkehr von der Parade zeigte der König sich auf dem Balkon des Quirinals, um der vor dem Palaste versammelten Menge für ihre patriotischen Kundgebungen zu danken.

### Frankreich.

Paris, 14. März. Der Präsident der Republik hatte heute Beratungen mit den Präsidenten des Senats und der Kammer, um die Ansichten derselben über die durch das vorgeschlagene Senatsvotum und die Demission der Minister geschaffene Lage zu hören. Es sind verschiedene Meldungen über die Lösung der ministeriellen Krisis in Umlauf. Neben Freycinet werden auch Rouvier und Melin als künftiger Ministerpräsident genannt; es scheint aber, daß zunächst Freycinet mit der Bildung des Kabinetts betraut werden und erst, wenn er den Auftrag ablehnen oder nicht im Stande sein sollte, ihn auszuführen, der Präsident der Republik sich an Rouvier oder einen anderen Politiker wenden wird.

### Dänemark.

Kopenhagen, 14. März. Der Ausschuß des Landstings für die Vorlage, welche die Errichtung eines Freihafens für Kopenhagen in Aussicht nimmt, hat der Vorlage mit der Begründung zugestimmt, daß dieselbe eine wirksame Stütze des Handels und der Seefahrt bilde. Zugleich hat der Ausschuß genehmigt, daß Anlage und Betrieb einer Aktiengesellschaft übertragen werden. Er empfiehlt die baldige Aufhebung der Hafengebühren.

### Großbritannien.

London, 14. März. Im Unterhause erklärte Sir James Ferguson, daß die Waisungen der englischen Vertreter auf der Berliner Konferenz durchaus der Antwort an die deutsche Regierung (wie sie in dem letzten an das Parlament gelangten Schriftwechsel mitgeteilt worden ist) entsprächen. — Bei der heutigen Erziehung in Stoke upon the Trent ist der Gladstonianer Gower mit 4157 gegen den Unionisten Allan (2926 Stimmen) gewählt worden. Die Wahl fand zum Ersatz des Abgeordneten Arthur Bright statt, der sein Mandat niedergelegt hat. Die Gladstonianer bleiben somit in dem Besitze des Mandats, das ihnen übrigens auch von den Unionisten nicht ernstlich streitig gemacht werden konnte. — Morgen läuft die von den Grubenarbeitern gestellte Frist für eine Annahme ihrer Forderungen ab und da die Grubenbesitzer diese Forderungen nicht angenommen haben, soll morgen der allgemeine Ausstand beginnen. Aus Sheffield wird gemeldet, daß bereits heute sechzigtausend Bergarbeiter feiern. Ferner haben in Liverpool fünfzigtausend Doctarbeiter die Arbeit eingestellt. Es ist dort bereits zu Ausschreitungen gekommen, indem mehrere Leute, die keinem Gewerke angehören, von den Streikenden angegriffen worden. Es sind bis jetzt etwa zweihundert Arbeiter hier angekommen, die keinem Gewerke angehören und die Streikenden zu erregen, und ihr Erscheinen hat die Aufregung unter den Streikenden gesteigert. Die Garnison ist, um etwaigen Unruhestörungen wirksam entgegenzutreten zu können, verstärkt worden.

### Bulgarien.

Sofia, 14. März. Prinz Ferdinand hat dem Ministerpräsidenten Stambuloff die goldene Verdienstmedaille und dem Kriegsminister Mutkuroff dieselbe Medaille in Silber verliehen. Da das Schreiben, mit welchem der Prinz die Ueberreicherung der Medaille an Stambuloff begleitete, bezeichnend für das Verhältnis des Prinzen zu dem gegenwärtigen Ministerium ist, so mag es hier mitgeteilt sein; es lautet nach der „Svoboda“ folgendermaßen: „Ihre unerwüßlichen und nützlichen Bestrebungen zur Organisirung des Fortschrittes unseres Vaterlandes sind von ausgezeichnetem Erfolge

begleitet. Sie haben es nicht erst seit Meiner Thronbesteigung unternommen, mit Muth und Eifer für den materiellen und moralischen Aufschwung des Landes zu arbeiten, sondern Ihre Energie hat dies schon begonnen in weit zurückliegender Zeit, als noch Alles sich dem Fortschritte unseres vielgeliebten Vaterlandes widersetzte. Sie haben stets diese patriotischen Gefühle bewiesen, welche Sie auch fortwährend in Ihrer politischen Laufbahn begleitet haben. Wir haben Ihnen zu wiederholtenmalen unsere tiefe Dankbarkeit und Erkenntlichkeit bewiesen. Um Ihnen heute, wo Unser ergebenes Volk das Geburtsfest seines Souveräns feiert, noch ein neues Zeichen Unseres hohen Wohlwollens gegen Sie zu geben, verleihen Wir Ihnen die goldene Verdienstmedaille, welche Wir Sie bitten, als Zeichen Unserer unbegrenzten Liebe zu tragen.“

### Serbien.

Belgrad, 14. März. Anlässlich des heutigen Geburtstags des Königs Humbert empfing der Kronprinz von Italien die Besuche des Königs und der Regenten, welche er erwiderte.

### Türkei.

Konstantinopel, 14. März. Schafir Pascha ist von seiner Inspektionsreise nach Canea zurückgekehrt. Er legte eine gemischte Kommission zur Vertheilung von Unterstützungen ein und ordnete im Dorfe Bulolics die Freilassung von sieben ungerechtfertigter Weise verhafteten Christen an.

### Badischer Landtag.

\* Karlsruhe, 15. März. 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer vom 14. ds. Mts. (Fortsetzung aus der heutigen Beilage.)

Frhr. v. Göler ist erfreut, durch seine einleitende Bemerkung eine eingehende Diskussion über diesen hochwichtigen Gegenstand angeregt zu haben. Auch er möchte die Dienstbotenfrage nicht von der sozialen Frage überhaupt trennen. Trotzdem könne jetzt schon an die Regelung der Dienstbotenfrage gegangen werden, da die soziale Frage in der allerneuesten Zeit in hohem Maße in Fluß gekommen sei. Jetzt scheine ihm der Moment gekommen zu sein, das zu erhalten, was erhalten werden könne.

Die Exemplifikation eines der Herren Vorredner auf die nordamerikanischen Verhältnisse scheint ihm nicht zutreffend. Nach unseren Verhältnissen könne vielmehr — und hierin müsse er dem Herrn Prälaten vollständig beistimmen — durch eine zweckmäßige Dienstbotengesetzgebung auf die jugendlichen Dienstboten ein heilsamer Einfluß ausgeübt werden, und zwar schon durch das bloße Vorhandensein solcher Gesetze, da nach den Anschauungen dieser Volksschichten eben alles für erlaubt gelte, was nicht direkt durch das Gesetz verboten sei.

Von eingehenden Erhebungen in denjenigen Ländern, welche bereits solche Strafvorschriften besitzen, könne sich Redner einen großen Erfolg nicht versprechen; denn es lasse sich jedenfalls nicht feststellen, in wieviel das Vorhandensein eines solchen Gesetzes es den Dienstverhältnissen ermöglichte, in sittlicher Beziehung auf die Dienstboten einzuwirken.

Redner hebt wiederholt hervor, daß infolge der jetzigen Dienstbotengesetzgebung namentlich auf dem Lande Mißstände herrschten, die polizeiliche Vorschriften dringend notwendig erscheinen ließen.

Geheimerath Dr. v. Holst sieht sich veranlaßt, einigen Aeußerungen der Herren Vorredner entgegenzutreten. Wenn der Herr Prälat Doll das allgemeine Prinzip aufgestellt habe, daß die öffentliche Meinung ein Produkt der bestehenden Gesetze sei, so sei dies zwar richtig, ebenso richtig sei aber auch, daß die öffentliche Meinung auf den Gang der Gesetzgebung einen gewichtigen Einfluß ausübe. Es beständen eben hier Wechselwirkungen. Den Ausführungen des Herrn Prälaten bezüglich der landwirthschaftlichen Dienstboten liege offenbar eine mißverständliche Auffassung seiner vorigen Aeußerung zu Grunde. Er habe keineswegs behauptet wollen, daß auf dem flachen Lande bei uns die Dienstboten in einem weniger engen Verhältnisse zur Herrschaft stünden als in den Städten. Vielmehr habe er nur auf die verschiedene wirthschaftliche Bedeutung des Dienstbotenverhältnisses auf dem Land und in der Stadt hingewiesen.

Sodann habe er keineswegs die Niederreißung aller bestehenden gesetzlichen Schranken beifürwortet, sondern nur hervorgehoben, daß die eingehende Prüfung, welche einem gesetzgeberischen Eingriff vorangehen müsse, auch diese Seite nicht außer Betracht lassen dürfe. Auch theile er durchaus die Ansicht, daß die Verhältnisse bei uns nicht ohne weiteres mit amerikanischen Verhältnissen verglichen werden könnten. Er habe deshalb auch keineswegs die pessimistische Anschauung, daß die von ihm vorhin berührte Entwicklung der Verhältnisse in Amerika, wo wegen Mangels an landwirthschaftlichen Arbeitern ganze Ortsgemeinden veröden, über kurz oder lang auch bei uns hereinbrechen würde. Doch müsse die Situation auch bei uns — selbst wenn man nicht pessimist sei — für eine hochernste und hochkritische erachtet werden, die es erfordere, daß die ganze Kraft und auch die sittlichen Potenzen der Nation angespannt werden. Er glaube aber, daß bei uns geistige und sittliche Potenzen zur Genüge vorhanden seien, um den drohenden Gefahren zu begegnen und der gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Doch könne er sich in dieser Beziehung nur von positiver Thätigkeit einen Erfolg versprechen, nicht aber von politischen Zwangsvorschriften. — Ob und wie den Wünschen der Petenten entsprochen werden könne, müsse daher zunächst dahingestellt bleiben und könne nur auf Grund sorgfältigster und umfassendster Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse entschieden werden. Er halte deshalb den Kommissionsantrag für gerechtfertigt.



Der Berichterstatter kann sich nach der eingehenden Beleuchtung, die der Gegenstand in der heutigen Diskussion erfahren habe, auf wenige Worte beschränken. Die Kommission habe anerkannt, daß das bestehende Dienstbotengesetz Mängel zeige; ob aber im gegenwärtigen Zeitpunkt hier Abhilfe geschaffen werden könne und in welcher Weise, habe sie geglaubt dahingestellt lassen zu sollen, da ein gesetzgeberisches Eingreifen auf diesem Gebiet die eingehendste Prüfung erfordere. Die letztere herbeizuführen, bezwecke der Antrag der Kommission, dessen Annahme er wiederholt empfehle.

Hierauf wird der Kommissionsantrag angenommen. (Schluß folgt.)

**Karlsruhe, 15. März.** 28. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 17. März, Vormittags 11 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der landwirthschaftlichen Bezirksvereine Weinheim u. a. um Abänderung des Gesetzes vom 3. Februar 1868, die Rechtsverhältnisse der Dienstboten betr. Berichterstatter: Abg. Herbst. 3. Mündlicher Bericht des Abg. Hoffmann namens der Budgetkommission über die summarische Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues in den Jahren 1888 und 1889 und des hierfür befreiten Aufwandes.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 15. März.

Schm. Mittheilungen aus der Stadtrathsitzung von gestern. Es wird der von Groß. Bezirksamt mitgetheilte Entwurf einer neuen Bauordnung für die hiesige Stadt beraten. Derselbe wird gemäß den Anträgen der Baukommission und des Ortsgesundheitsraths gutgeheißen. — Groß. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen theilt den Entwurf des Sommerfahrplans zur Aenderung bezüglich der Linie Karlsruhe-Maxau mit. Es wird gegen die eingestellten Kurse keine Einwendung erhoben. — Der von der Generaldirektion der Groß. Bad. Staatsbahnen mitgetheilte Brückenetat für die Maxauer Eisenbahnstrecke für's Jahr 1890 wird nicht beanstandet. — Beraten werden die Voranschlagsentwürfe für's fädt. Hypothekentbank und der Badanstaltenkasse für's Jahr 1890. Danach wird das Bierordnungsamt einen Zuschuß von 8471 M. und das fädt. Rheinbad einen desgleichen von 350 M. erfordern. Die Entwürfe werden gutgeheißen. — Herr prakt. Arzt Dr. A. v. P. hat dem Stadtgarten einen Gemüsboden zum Geschenk gemacht, wofür gedankt wird. (Es ist dies derjenige Gemüsboden, welcher, den Bodensee durchschwimmend, in der Bekanntschaft des Herrn Altödenwirts Appert in Ueberlingen zuflucht fand.) — Gleichfalls gedankt wird der Frau Hofopernsängerin S. v. G. für die dem fädt. Archiv zum Geschenk gemachte Photographie ihres verstorbenen Mannes. — Dem Verein für volkswirthschaftliche Wahlen wird, seinem Ansuchen gemäß, der große Festsaal zu einer Versammlung, in welcher die bevorstehenden Stadtverordneten-Erneuerungswahlen besprochen werden sollen, Montag, 24. März, Abends, mietweise zur Verfügung gestellt. — Im fädt. Bierordnungsamt wurden im Monat Februar 205 Wannenbäder und 262 Dampf- und Luftbäder verabreicht. Die Einnahmen hiezu einschließlich 226 in der Kurabtheilung abgegebener Tageskarten à 1 M. betragen 789 M. 30 Pf. — Das fädt. Krankenhaus hatte im Monat Februar einen Krankenzufluss von 254 und einen Abgang von 284 Personen. Der Bestand am 1. März ds. Js. betrug 213 Kranke. — Ein Besuch des Generalagenten Johann Friedrichs aus Schwabenberg in Breuzen um Aufnahme in den Bad. Staatsverband wird dem Groß. Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt. — Nach dem Fleischbesuchbericht wurden im fädt. Schlachthaus im Jahr 1889 geschlachtet: a. Großvieh: 3220 Ochsen, 2124 Kühe, 3457 Rinder und 1687 Ferkel, zusammen 10488 Stück, gegen 10412 Stück im Vorjahre; b. Kleinvieh: 16680 Kälber, 22619 Schweine, 2125 Hammel und Ziegen, 1249 Ferkel und Kitzlein, zusammen 42463 Stück, gegen 45968 Stück im Vorjahre; c. Pferde: 217 Stück, gegen 239 im Vorjahre. Der gesammte Fleischkonsum ist zu 5 012 947 kg berechnet, was bei Annahme einer Einwohnerzahl von 66900 einen Verbrauch von 75 kg pro Kopf und Jahr ergeben würde.

\* (Belobung.) Dem „Verordnungsblatt“ des Groß. Bad. Corpskommandos der Gendarmerei zufolge wurden die nachgenannten Gendarmereibediensteten für besonders hervorragende Dienstleistungen öffentlich belobt und zum Theil mit geeigneten Geldgeschenken belohnt: Im ersten Distrikt (Konstanz) die Wachmeister Franz Thome in Koblitzell und Ferdinand Weierhettel in Stodach, die Gendarmen Joh. Adam Ludwig in Wangen, Adam Hopp in Wangen, Karl Uhl in Stetten a. L. M., Josef Dietrich und Georg Ferp in Stodach; im zweiten Distrikt (Freiburg) die Gendarmen Friedrich Kodel in Renzingen und Otto Winter in Kirchgarten; im dritten Distrikt (Karlsruhe) die Gendarmen Johann Lang in Wiesenthal und Wilhelm Schotter in Langenleinsbach; im vierten Distrikt (Mannheim) die Wachmeister Karl Emil Bogel in Wertheim und Valentin Vogelmüller in Sinsheim, die Gendarmen Wilhelm Mayer in Sinsheim, Johann Jakob Vogel und Gregor Klock in Hilsbach, Ludwig Hügel und Josef Frick in Schwellingen und Christian Lieb in Rosbach. In einem auf Vorlage der Jahresberichte des Corps und der Distrikte ergangenen ministeriellen Erlasse wurde ferner zu erkennen gegeben, wie man daraus mit großer Befriedigung von der auch im verflossenen Jahre bewährten, pflichttreuen, eifrigen Dienstthätigkeit und guten Haltung des Gendarmereicorps Kenntniß genommen habe.

Seidelberg, 12. März. (Behauung des Schloßberges. — Theatervorstellung.) Durch ortspolizeiliche Vorschrift ist die fädtische Bauordnung mit sofortiger Wirksamkeit in der Weise ergänzt worden, daß Bauten, welche an der neuen Schloßstraße, dem Schloßberg vom Haus Nr. 11 ostwärts, dem kurzen Bunde und dem Wolfstrunnenweg errichtet werden, in Ausdehnung, Architektur und Farbe derartig gehalten sein müssen, daß ihre Ausführung dem Gesamtbilde der Schloßruine und deren Umgebung keinen Eintrag thut. Dieselben dürfen, abgesehen von einem Kniehöf bis zu einem Meter Höhe, sowie von einzelnen architektonischen Aus- und Aufbauten, nicht mehr als zwei Stockwerke erhalten, nicht mit einem Mansardendach bedeckt sein und müssen nach allen Seiten auf eine Entfernung von mindestens 1,80 Meter freistehen mit architektonischer Durchbildung sämtlicher Fassaden. Diese Vorschrift ist geeignet, die Vergrößerung wegen der etwaigen fiktiven Behauung des Schloßberges wenigstens zu einem Theile zu beschränken.

Zum Besten des hiesigen Frauenvereins wurde am 6. ds. im Museumsaal von Angehörigen des hiesigen Bataillons eine Theatervorstellung wiederholt, welche erstmals an der nachträglichen Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Kaisers in Scene gegangen war. Das Reinerträgniß belief sich auf die schöne Summe von 170 M.

○ Von der Diele, 12. März. (Tunnelfahrnau-Sasel.) Unter'm 4. März schon brachte die „Karlsruh. Ztg.“ eine längere Korrespondenz, in welcher der Bau der strategischen Bahn Leopoldsdörfer-Säckingen besprochen wurde und auch die Schwierigkeiten angedeutet waren, die sich der Vollendung des Baues noch entgegenstellten. Jetzt kommt eine recht erfreuliche Meldung in dieser Hinsicht. Heute Vormittag ist der Schlußstein in der Auswölbung des Tunnels eingesetzt worden und damit der Bau fertiggestellt. Man hatte in letzter Zeit allgemein angenommen, die Bahntrecke werde erst bis zum 1. Juni oder Juli dem Verkehr übergeben werden können, doch ist es nun möglich, daß der auf 1. April 1890 festgesetzte Termin eingehalten wird, da, nachdem die Auswölbung glücklich zu Ende geführt ist, ein Hinderniß zum schnellen Arbeiten nirgends besteht. Auf einer kurzen Strecke nur noch sind die Geleise zu legen und ist dann der Bahnförper noch vom Ausgrabematerial befreit, so besteht ein großartiges Werk moderner Eisenbahntechnik mehr in Deutschland, ein Werk deutschen Fleißes, auf das stolz zu sein wir alle Ursache haben.

## Verchiedenes.

Stuttgart, 13. März. (Das Projekt einer Kunstausstellung.) Im Königl. Museum der bildenden Künste, das wir neulich erwähnt haben, ist nunmehr perfekt geworden. Doch findet die Ausstellung nicht in diesem, sondern im März und April des kommenden Jahres statt. Die Anregung zu derselben ging von Seiner Majestät dem König aus, welcher das Protektorat übernommen und den Prinzen Wilhelm zum Ehrenpräsidenten ernannt hat. Die Ausstellung soll etwa 500 Bilder umfassen und „ein Bild unseres heutigen Kunstlebens bieten“. Größere Anschaffungen für die Staatsgalerie sind in Aussicht genommen, auch besteht die Absicht, im Falle des Gelingen des ersten Versuches die Ausstellung in regelmäßigen Zeiträumen zu wiederholen.

W. Neuzig, 13. März. (Redakteur Tomif), welcher auf dem hiesigen Bahnhofe den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dimitriewitsch schwer verwundet, so daß derselbe seinen Verletzungen alsbald erlag, ist wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt worden.

## Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

|| Berlin, 15. März. (Privattelegramm.) Seine Majestät der Kaiser empfing, wie die „Post“ meldet, am Donnerstag Abend den Besuch Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden.

Berlin, 15. März. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch ließ heute Nachmittag 2 Uhr die Delegirten der Internationalen Arbeiterverschutz-Konferenz im Kongresssaal des Reichskanzlerpalais willkommen und sprach den Dank Seiner Majestät des Kaisers für ihr Erscheinen aus. Die ergangene Einladung sei nicht die erste dieser Art gewesen. Die Schweiz ließ schon im Jahr 1881 eine solche ergehen und kam darauf vor wenigen Wochen zurück. Der Kaiser sei erfreut, darauf hinzuweisen zu können, daß dank der entgegenkommenen Haltung der Schweiz seine Bestrebungen gleichzeitig mit denen der Eidgenossenschaft den Gegenstand der Konferenz bilden. Nach Ansicht Seiner Majestät verlange die Arbeiterfrage die Aufmerksamkeit aller zivilisirten Nationen, seitdem der Friede der verschiedenen Bevölkerungsklassen durch den Wettbewerb der Industrie bedroht scheint. Nach einer Lösung dieser Frage zu suchen, sei nunmehr nicht allein eine Pflicht der Menschlichkeit, sondern auch staatsrechtlich geboten, welcher es obliegt, für das Wohl der Bürger zu sorgen und gleichzeitig das unschätzbare Gut der jahrhundertalten Civilisation zu erhalten. Angeht diese Frage seien alle europäischen Staaten in derselben oder ähnlicher Lage. Deshalb sei der Versuch, unter den Regierungen eine Verständigung herbeizuführen, um den gemeinschaftlichen Gefahren durch vorbeugende Maßnahmen gemeinsam zu begegnen, gerechtfertigt. Das Programm gebe den Rahmen der technischen Beratungen. Die Entschliessungen der Konferenz blieben den hohen Regierungen vorbehalten. Der Kaiser hoffe, die Beratungen seien nicht erfolglos. Die Theilnehmer an der Konferenz seien Männer gleich ausgezeichnet durch Wissen und Erfahrung und in höchstem Grade befähigt, sich über Fragen, welche die Industrie und die Lage der Arbeiter betreffen, sich zu äußern. Der Kaiser sei überzeugt, daß die Arbeiten der Konferenz einen wohlthätigen Einfluß in Europa ausüben. Sodann fand die Präsidentenwahl statt.

Auf den Vorschlag des österreichischen Delegirten Nigetta wurde Staatsminister Frhr. v. Berlepsch per Affimation gewählt und nahm derselbe die Wahl dankend an. Der Staatssekretär Magdeburg wurde sodann zu dessen Stellvertreter ernannt, worauf das Sekretariat der Konferenz vorgestellt wurde. Die Vollmachten der Delegirten wurden niedergelegt und dann die Geschäftsordnung beraten. Die Sitzungen beginnen täglich um 11 Uhr. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Das Bureau der Konferenz ist gebildet aus dem deutschen Legationsrath Fürst, dem französischen Botschaftssekretär Dumaine und dem deutschen Legationssekretär Graf Arco-Valley.

München, 15. März. In der heute veröffentlichten Antwort des Kultusministers auf die Eingabe des Kapitularkonvents Kampff erkennt die Regierung nunmehr den Beweis als erbracht an, daß die Altkatholiken nicht nur das unplatirte Vatikanum, sondern auch anderweitig Lehren der Kirche verwerfen, so daß diese Frage vollständig liquid ist. Wenn auch nicht wörtlich, so doch thatsächlich sei das Dogma der unbefleckten Empfängniß durch Handlungen und Entschliessungen der Staats-

regierung placirt und gegenüber den Leugnern stets vollzogen worden. Die Regierung müsse daher die Leugnung dieses Dogmas allein schon als ausreichend und zur Ausschließung der Altkatholiken auch für das Staatsgebiet wirksam anerkennen. Dem Ausschusse des Altkatholischen Landesvereins in München sei daher mit Entschliessung vom heutigen Tage eröffnet worden, daß vorerst die innerhalb der Münchener Diözese vorhandenen Altkatholiken nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet werden. Die Vorlage des Kapitularkonvents Kampff an die Regierung hatte gegen die Altkatholiken hervorgehoben, daß dieselben außer der Leugnung der Unbeflecktheit auch das Dogma des Florentiner Concils über die Ehren und das Jurisdiktionsprimat des Papstes leugnen, indem die Altkatholiken Petrus den übrigen Aposteln gleichstellen und seine Nachfolger als gewöhnliche Patriarchen darstellen.

Wien, 15. März. Der Kaiser, welcher sich morgen wieder nach Wien begibt, empfing heute Tisza in einer halbständigen Abschiedsaudienz.

Rom, 15. März. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massanah, Antonelli sei benachrichtigt worden, daß Menelik am 25. Februar die Zusatzkonvention zu dem italienisch-äthiopischen Vertrage genehmigte. Die betreffende Konvention war am 1. Oktober 1889 von Crispi und dem Führer der äthiopischen Expedition, dem Prinzen Makonnen, unterzeichnet worden.

Paris, 15. März. Nach einer einstündigen Unterredung mit dem Präsidenten Carnot soll Freycinet mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden sein.

Paris, 15. März. Nach einer Meldung des „XIX. siècle“ wäre die französische Streitmacht bei Kotonou von 30 000 mit Gewehren bewaffneten Schwarzen blofirt.

## Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 16. März. 2. Vorh. außer Ab.: „Lohengrin“, große romantische Oper in 3 Aufzügen, von Richard Wagner. Lohengrin: Herr Antbes vom Stadttheater in Freiburg, König Heinrich: Herr Döring vom Stadttheater in Mainz als Gäste. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 18. März. 37. Ab.-Vorh. (1. Vorh. im 2. Quartal): „Der Trompeter von Säckingen“, Oper in 3 Aufzügen nebst einem Vorspiel. Mit autorisierter theilweiser Benützung der Idee und einiger Originallieder aus J. Viktor v. Scheffel's Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor E. Neßler. — Conrabin: Herr Döring vom Stadttheater in Mainz als Gast. Anfang 7 1/2 Uhr.

Vormerkungen zu den Vorstellungen am Samstag, den 22., und Sonntag, den 23. März, werden von Montag, den 17. März, Vormittags 8 Uhr an, angenommen. Bei Bestellung von Plätzen mittelst Briefen oder Postkarten ist, wenn Antwort gewünscht wird, mit der Bestellung frankirte und adressirte Postkarte an das Vormerkbureau einzufenden. Für mündliche Bestellungen ist das Vormerkbureau an Wochentagen von 8-12 Uhr Vormittags und von 3-5 Uhr Nachmittags geöffnet. An Sonn- und Feiertagen ist dasselbe geschlossen.

## Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 10. März. Johann Josef, S.: Joh. Markus, Schneider. — 11. März. Hermann Friedrich, S.: Georg Saier, Metzger. — 13. März. Arnold, S.: Leopold Maier, Installateur. — Margaretha Hildegard, S.: Joh. Heinrich, Reichsbankassistent. — Friedrich Andreas, S.: Eugen Holzspiel, Kaufmann. — Ehe-schließungen. 15. März. Ferdinand Hömann von Rinderoth, Architekt in Freiburg, mit Emma Geismeyer von hier. — Titus Kleinhaus von Steinbach, Schloffer hier, mit Marie Obermann von Nöfingen. — Todesfälle. 14. März. Karl Krodel, led., Soldat, 20 J. — Georg Geiger, led., Centralassistent, 37 J. — August, 5 M. 1 J., S.: Aug. Wenner, Wirth. — 15. März. Max Schwarzenberger, led., Handelsmann, 25 J.

## Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Wind.	Rel. Feucht.	Wind.	Witter.
März						
14. Nachts 9 U.	750.3	+ 8.8	6.8	81	E	klar
15. Morgs. 7 U.	749.3	+ 3.1	5.2	91	NE	sehr wolkig
15. Mitts. 2 U.	747.0	+ 14.8	7.2	58	SW	„

Wasserstand des Rheins. Maxau, 15. März, Morgs. 2.92 m, gestiegen 5 cm.

Uebersicht der Witterung vom 15. März, 8 Uhr Morgens. Eine neue tiefe Depression ist im Nordwesten der Britischen Inseln erschienen, einen Anläufer weit südwärts bis zur Biscaya-see entsendend. Das Wetter ist jedoch auf dem Festland noch unter dem Einflusse hohen Druckes, dessen Kern im Osten und Südosten des Erdtheils liegt, vorwiegend heiter. In Süddeutschland sind stellenweise Nachfröhen vorgekommen.

## Frankfurter telegraphische Kursberichte

Frankfurt, 15. März 1890.		Berlin.	
Staatspapiere.	Banknoten.	Staatspapiere.	Banknoten.
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe	106.90	Staatsbahn	172.50
4% Preuss. Konjoi	106.—	Bombard	84.20
4% Baden in R.	102.85	Balliger	167.98
4% „ „ W.	104.15	Städt.	192.10
Deherr. Goldrente	94.30	Wiesbaden	164.20
Silberrente	75.30	Hess. Zubehörsbahn	113.70
4% Inaug. Goldrente	87.50	Elb- und Müch.-Bamb.	170.50
1889er Ruffen	94.70	Wettin	151.—
II. Orientanleihe	68.90	Wesfal. u. Carlen.	168.72
Italien. comptant	92.40	„ „ „ „	20.40
„ „ „	95.—	„ „ „ „	80.82
Spanier	73.80	„ „ „ „	171.—
Türken	84.80	Rapoleon'sor	16.19
6% Serben	88.80	Privatdiskont.	3 1/2
„ „ „	88.80	„ „ „	3 1/2
Kreditaktien	266 1/2	„ „ „	3 1/2
Disconto Kommand.	230.50	„ „ „	3 1/2
Baier. Bankverein	128.10	„ „ „	3 1/2
Darmstädter Bank	164.—	„ „ „	3 1/2
6% Serb. Hypoth. O.	86.40	„ „ „	3 1/2
„ „ „	86.40	„ „ „	3 1/2

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

## Kunstgewerbliches Magazin von F. Mayer & Co.

Hofflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz. Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Penäulen, Lampen für Geschenke, Ausstellungen, Hotel- und Hausinrichtungen.



